



Bialystoker Zeitung

Organ des Soldatenrates

Schriftleitung: Alexanderstraße 8/10. Geschäftsstelle: Nikolaistraße 3.

Erscheint täglich. — Bezugspreis: Abgeholt bei der Geschäftsstelle monatlich 1,50 Mark; durch die Post bezogen 4,95 Mark vierteljährlich außer Bestellgeld.

Bestellungen nehmen sämtliche Reichs- und Feldpostämter entgegen. Zeitabonnements 1,15 Mk. einschl. Porto, von der Expedition — abgeholt 1 Mark. —

Der Entwurf der neuen Reichsverfassung.

Wolffmeldung.

Berlin, 20. Januar.

Der Entwurf der künftigen deutschen Reichsverfassung in seinen allgemeinen Teilen ist heute erschienen. Ihm ist eine Denkschrift beigegeben, in der der Staatssekretär des Innern, Dr. Preuß, die Richtlinien der neuen Verfassung zeichnet.

Der Entwurf der künftigen Reichsverfassung wird darin kurz gekennzeichnet als die Konstituierung des einheitlichen deutschen Volksstaates gegenüber dem bisherigen Bund obrigkeitlicher Regierungen und liegt beschlossen in den Paragraphen 2 und 5 der neuen Verfassung: „Alle Staatsgewalt liegt beim deutschen Volke“ und „Reichsrecht bricht Landesrecht“; sie liegt ferner begründet in der Betonung des Selbstbestimmungsrechts der deutschen Stämme mit Einschluß Deutsch-Osterreichs. Alle deutschen Freistaaten sind künftig Gliedstaaten des Reiches ohne partikularistische Hegemonie von irgendeiner Seite her; nur das Reich ist souverän. Das Verhältnis des Reiches und der deutschen Freistaaten wird im ersten Abschnitt behandelt.

Zu den ausschließlichen Reichsangelegenheiten gehört vor allem das öffentliche Verkehrswesen. Ihm schließen sich der Handel des Bank- und des Börsenwesens an. Die Finanz- und Steuerpolitik, die Sozialisierungspolitik und weitere Kreise der sozialen Politik, die Bodenpolitik usw. werden sich unter Mitwirkung der von Reiche gezogenen Grundlinien anpassen müssen. Ohne Verletzung der eigenen Art der verschiedenen Landschaften und Stämme und unter Wahrung freien Spielraumes wird das Reich auch für das Verhältnis des Staates zur Schule und Kirche und insonderheit für die Volksbildung die allgemeinen, dem ganzen deutschen Volke gemeinsamen Grundlinien ziehen.

Das deutsche Volk soll zu seiner Entwicklung die freieste Verfassung der Welt erhalten.

Im zweiten Abschnitt werden die

Grundrechte des deutschen Volkes

festgelegt. Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleichberechtigt. Alle Vorrechte oder rechtlichen Nachteile der Geburt, des Standes, Berufs oder Glaubens sind beseitigt. Ihre Wiederherstellung durch Gesetz oder Verwaltung ist verfassungswidrig. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen ist innerhalb der Schranken der Sittlichkeit und der öffentlichen Ordnung gewährleistet. Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder Festerlichkeit gezwungen werden. Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung oder seine Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft zu offenbaren; die Behörden haben nicht das Recht, danach zu fragen. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Der Unterricht soll allen Deutschen gleichwertig nach Maßgabe der Befähigung zugänglich sein.

Zur Wiederbevölkerung des platten Landes usw. ist im Wege umfassender Binnenriedlung die bestehende Grundbesitzverteilung in den Gebietsteilen zu ändern, in denen eine gesunde Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbesitz noch nicht besteht. Die fremdsprachigen Volksteile innerhalb des Reiches dürfen durch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht in der ihnen eigenen volkstümlichen Entwicklung beeinträchtigt werden, insbesondere nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache beim Unterricht sowie bei der inneren Verwaltung und der Rechtsfrage innerhalb der von ihnen bewohnten Landestelle.

Der dritte Abschnitt behandelt den

Reichstag.

Der Reichstag besteht aus zwei Häusern, dem Volkshaus und dem Staatenhaus. Das Volkshaus besteht aus den Abgeordneten des einheitlichen deutschen Volkes. Die Abgeordneten werden in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen von allen über 20 Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundgesetzen der Verhältniswahl gewählt. Das Staatenhaus besteht aus den Abgeordneten der deutschen Freistaaten. Dabei entsfällt grundsätzlich auf eine Million Landeseinwohner ein Abgeordneter. Kein deutscher Freistaat darf durch mehr als ein Drittel aller Abgeordneten vertreten sein. Die Wahlperiode dauert für beide Häuser

drei Jahre. Niemand kann gleichzeitig Mitglied beider Häuser sein.

Der vierte Abschnitt ist betitelt:

„Der Reichspräsident und die Reichsregierung.“

Der Reichspräsident wird vom ganzen Volke gewählt. Wählbar ist, wer das 35. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens zehn Jahren Deutscher ist. Der Reichspräsident hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Bündnis- und andere Verträge mit auswärtigen Mächten einzugehen sowie Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen. Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgt durch Reichsgesetz. Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Reichstages. Sobald ein Völkerbund mit dem Ziel des Ausschlusses aller Geheimverträge geschlossen ist, bedürfen alle Verträge mit dem im Völkerbund vereinigten Staaten der Zustimmung des Reichstages. Das Amt des Reichspräsidenten dauert sieben Jahre. Wiederwahl ist zulässig.

Die Reichsregierung besteht aus dem Reichskanzler und der erforderlichen Zahl von Reichsministern. Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt. Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Volkshauses; jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm das Volkshaus das Vertrauen durch einen ausdrücklichen Beschluß entzieht.

Dazu wird uns noch gemeldet: Nach dem Verfassungsentwurf für das Deutsche Reich soll Preußen zerfallen werden. In der Spitze der Bundesrepublik, in die es zerlegt wird, steht die Republik Berlin mit ungefähr zehn Millionen Einwohnern, umfassend die Stadt- und Landkreise Großberlin. Wien soll ebenso wie Berlin reichsunmittelbar werden. Außerdem soll ein Bundesstaat Deutsch-Osterreich konstituiert werden.

Weitere Wahlergebnisse.

Wolffmeldung.

Berlin, 20. Januar.

Von den bisher vorliegenden vorläufigen Wahlergebnissen sind noch hervorzuheben:

Berlin: Mehrheitssozialisten 365 514 (5 Abgeordnete), Unabhängige 275 915 (4 Abgeordnete), Deutsch-Demokraten 163 445 (2 Abgeordnete), Deutsch-Nationale 92 374 (1 Abgeordneter), Deutsche Volkspartei 74 370 (1 Abgeordneter), Christliche Volkspartei 51 021 (1 Abgeordneter).

Stadt Dresden: Sozialdemokraten 154 947, Deutsche Volkspartei 46 526, Deutsch-Demokraten 45 715, Deutsch-nationale Volkspartei 30 407, unabhängige Sozialdemokraten 9638, Christliche Volkspartei 4771.

Leipzig (29. Wahlkreis Sachsen 10 bis 14): Mehrheitssozialisten 127 288 (2 Abgeordnete), Unabhängige 234 942 (3 Abgeordnete), Deutsch-demokratische Partei 176 952 (2 Abgeordnete), Deutsch-nationale Volkspartei 72 909 (1 Abgeordneter), Christliche Volkspartei 3107.

30. Wahlkreis Chemnitz: Mehrheitssozialisten 499 472, Deutsch-demokratische Partei 169 556, Unabhängige 53 828, Zentrum 3680, Deutsch-nationale Volkspartei 113 237.

Dresden: Nach vorläufigen Schätzungen sind im 28. Wahlkreis, Ost-Stadt, gewählt: 7 Sozialdemokraten, 2 Demokraten, 2 deutsche Volksparteiler, 1 Mitglied der Deutsch-nationalen Partei. In allen drei Wahlkreisen der sächsischen Republik sind gewählt: 17 Mehrheitssozialisten, 6 Deutsch-Demokraten, 4 Deutsch-Nationale, 2 deutsche Volksparteiler, 3 Unabhängige.

36. Wahlkreis Hamburg: Mehrheitssozialisten 390 000, Unabhängige 38 000, Zentrum 7000, Demokraten 150 000, Deutsch-nationale Volkspartei 10 000, Deutsche Volkspartei 67.

Bremen: Mehrheitssozialisten 69 489, Unabhängige 30 123, Deutsch-Demokraten 35 554, Deutsch-nationale Volkspartei 6087, Christliche Volkspartei 12 930, Deutsche Volkspartei 461, Deutsch-hannoversche Partei 334.

6. Wahlkreis Frankfurt a. O. der: Mehrheitssozialisten 273 112, Unabhängige 3647, Deutsch-Demokraten 115 482, Deutsch-nationale Volkspartei 104 118, Deutsche Volkspartei 18 255, Christliche Volkspartei 8312. Voraussichtlich sind 4 Mehrheitssozialisten, 2

Mitglieder der Deutsch-demokratischen Partei und 2 Deutsch-nationale Volksparteiler gewählt.

Frankfurt a. M.: Mehrheitssozialisten 105 279, Unabhängige 10 671, Deutsch-Demokraten 56 080, Christliche Volkspartei 27 475, Deutsche Volkspartei 20 683, Deutsch-nationale Volkspartei 10 325.

12. Wahlkreis Magdeburg-Uhli: Deutsch-Demokraten 228 243, Deutsche Volkspartei 27 908, Deutsch-nationale Volkspartei 73 134, Christliche Volkspartei 13 070; demnach die verbliebenen Listen der bürgerlichen Parteien zusammen 337 354, Mehrheitssozialisten 504 316, Unabhängige 26 270. Es erhalten demnach voraussichtlich die Mehrheitssozialisten 7, die Deutsch-Demokraten 3 und die Deutsch-Nationalen 1 Stg.

16. Wahlkreis Hannover: Sozialdemokraten 317 452, Unabhängige 39 286, Deutsch-Demokraten 92 286, Deutsche Volkspartei 67 419, Braunschweigischer Landeswahl-Verein 32 645, Deutsch-nationale Volkspartei 20 446, Deutsch-hannoversche Partei und Zentrum 176 230.

Berlin, 21. Januar. W. T. S.

Die Resultate von 242 der insgesamt 433 Mandate liegt nunmehr vor. Danach werden in der Nationalversammlung vertreten sein: 100 Mehrheitssozialisten, 46 Zentrum, 42 Demokraten, 22 Deutsch-Nationale, 21 Unabhängige und fünf Wilde, nämlich ein Vertreter der Bauern- und Landarbeiterdemokratie in Schleswig-Holstein und bayrische Bauernkämpfer.

Unter den gewählten bürgerlichen Frauen befinden sich u. a. Dr. Gertrud Bäumer, Demokrat, und Louise Fieß, das langjährige Vorstandsmitglied der sozialdemokratischen Partei, die sich jetzt den Unabhängigen angeschlossen hat.

Die Nationalversammlung auf 6. Februar nach Weimar einberufen.

Wolffmeldung.

Berlin, 21. Januar.

Die Reichsregierung hat beschlossen, die Nationalversammlung auf den 6. Februar nach Weimar einzuberufen. Die Berufung nach Weimar entspricht in der Hauptsache einem Wunsch der süddeutschen Staaten. Es ist nicht daran gedacht, auch die Reichsregierung nach Weimar zu verlegen. Die Nationalversammlung wird im Weimarer Hoftheater tagen, was für die Versammlung schon hergerichtet wird.

Troški in Estland gefangen.

Wolffmeldung.

Helsingfors, 20. Januar.

Die estnischen Truppen, vereint mit den finnischen Freiwilligenbataillonen, haben Narva erobert und dabei große Kriegsbeute an Artillerie, Troß, Panzerwagen sowie zahlreiche Gefangene gemacht. Troški, der persönlich zum Widerstand aufgeteilt, ist gefangen. Die estnische Offensive gegen Walk hat begonnen.

Berlin, 20. Januar. W. T. S.

Auf Grund vorgefundener Waffen und wegen hochverrätherischer Propaganda wurden der „Kreuzzeitung“ zufolge in den kaschubischen Kreisen Karthaus und Puhig sechs Polenführer verhaftet und nach der Festung Weichselmünde gebracht.

Hauptschriftleiter: G. Lugs.

Druck und Verlag der „Bialystoker Zeitung.“

Bekanntmachung.

Von Spekulanten wird das Gerücht verbreitet, daß die von Oberst ausgegebenen 20-Kopekenscheine keine Gültigkeit haben.

Ich mache hiermit ausdrücklich bekannt, daß die Scheine nach wie vor volle Gültigkeit besitzen und von jedermann anzunehmen sind.

Bei Weigerung tritt strenge Bestrafung ein. Gleichzeitig mache ich aufmerksam, daß beschädigte Oberostscheine jeden Mittwoch vormittag zwischen 10 und 12 Uhr in der Stadtkreiskasse umgetauscht werden können.

Bialystok, den 21. Januar 1919. 2739
Für den Soldatenrat: Müller
Der Stadthauptmann: Roscher

Die deutschen Parteien zu den großen Zeitfragen.

Da in diesen Tagen die deutschen Parteien in der Nationalversammlung zusammentreten, um dem Reich die neue Verfassung zu geben, ist es von besonderem Interesse zu wissen, welche Stellung die einzelnen Parteien zu den Fragen einnehmen, deren praktische Beantwortung dem künftigen Reichsgesetz die Gestalt geben wird. In nachstehendem Schema kommen die einzelnen Parteistandpunkte in den großen nationalen Zeitfragen zum Ausdruck:

Zeitfragen	Deutschnationale Volkspartei	Christlich-demokratische Volkspartei	Deutsche Volkspartei	Deutsche demokratische Partei	Sozialdemokratische Partei	Unabhängige sozialdem. Partei	Spartakusbund
Republik oder Monarchie?	Für Monarchie, aber bereit zur Mitarbeit in der Republik	—	Bereit zur Mitarbeit in der Republik	Für Republik	Für Republik mit jährl. Steuerbewilligung und direkter Gesetzgebung durch das Volk	Für Republik mit jährl. Steuerbewilligung und direkter Gesetzgebung durch das Volk	Für Diktatur proletarischer Arbeiter- und Soldatenräte
Reich und Einzelstaaten?	Für Reichseinheit mit Erhaltung der Einzelstaaten	Für Reichseinheit mit Erhaltung der Einzelstaaten.	Für Reichseinheit mit Erhaltung der Einzelstaaten	Für Reichseinheit, nicht sicher für Erhaltung der Einzelstaaten	Für Reichseinheit, nicht sicher für Erhaltung der Einzelstaaten	Für Reichseinheit, gegen Erhaltung der Einzelstaaten	Für Reichseinheit und Abschaffung der Einzelstaaten
Kolonien?	Für Kolonien	Für Kolonien	Für Kolonien	Für Kolonien	—	—	—
Verhältnis zum Ausland? Völkerbund?	Für starke und zielbewusste auswärtige Politik, kaum für Völkerbund	Für obligator. internat. Schiedsgerichte, allgem. Abrüstung, Völkerbund	Für Völkerbund	Für intern. Schiedsgerichte, Selbststimmungsrecht der Völker, Völkerbund	Für internationale Einheit der Arbeiter, Schiedsgerichte, Völkerbund	Für internat. Einheit der Arbeiter, Schiedsgerichte, Völkerbund	Für internat. Zusammenschluß des Weltproletariats d. Weltrevolution
Das Heer der Zukunft?	Für ein Volksheer	Für ein kleines Heer	Für ein Volksheer	Für ein Heer ohne Sonderrechte	Für Militä	Für Militä	Für proletar. Militä und Rote Garde
Die Verwaltung der Zukunft?	Für vereinf. Verwalt., in den Gemeinden für Berücksichtigung der groß. Berufsgruppen	—	—	—	Für Wahl der Beamten und Richter durch das Volk	Für Wahl der Beamten und Richter durch das Volk	Für Verwaltung durch Vertrauensmänner der Arbeiter- und Soldatenräte
Direkte Steuern?	Für Einkommen- und Vermögenssteuer mit Schonung der produktiven Arbeit	Für schärfste Erfassung der hohen Einkommen und großen Vermögen	Für Reichseinkommen- und Erbschaftsteuer, für eine wirtschaftlich nicht lähmende Vermögensabgabe	Für verebelte Einkommensteuer, Erbschaftsteuer für größere Nachlässe, progressive Vermögensabgabe	Für progressive Einkommen- und Vermögenssteuer und progressive Vermögensabgabe	Für progressive Einkommen- und Vermögenssteuer und progressive Vermögensabgabe	—
Indirekte Steuern?	Wohl für indirekte Steuern	—	—	—	Gegen indirekte Steuern	Gegen indirekte Steuern	—
Sozialisierung der Produktionsmittel?	Für Sozialisierung, soweit das soziale Interesse sie gebietet	Für Sozialisierung, soweit private kapitalistische Monopole bestehen	Für wirtschaftl. Selbständigkeit des einzelnen, für Sozialisierung, soweit sie Produktionsertrag steigert	Für wirtschaftl. Selbständigkeit des einzelnen, für Sozialisierung, soweit sie Produktionsertrag steigert	Für Sozialisierung, soweit sie Produktionsertrag steigert.	Für schleunige Sozialisierung der dazu reifen Betriebe, mit Neigung zur Bejahung der Sozialisierungsreise	Für weitestgehende sofortige Sozialisierung
Privateigentum? Erbrecht?	Für Privateigentum und Erbrecht	Für Privateigentum und Erbrecht	Für Privateigentum und Erbrecht	Für Privateigentum und Erbrecht	Für Privateigentum und Erbrecht	Für Privateigentum und Erbrecht	Für Konfiskation der größeren Vermögen und weitgehende Annulierung der Staatsschulden
Sozialpolitik?	Für Fortführung der Sozialpolitik, bes. Arbeiter- und Angestelltenchutz, Anerkennung der Berufsverbände, Schutz der Heimarbeiter, neues Recht und eigenes Land für die Landarbeiter	Für Fortführung der Sozialpolitik, bes. internationale Vereinbarungen und gemeinnützige Bodenpolitik.	Für Fortführung der Sozialpolitik, bes. Frauen- und Kinderchutz, Anerkennung der Berufsverbände, internat. Vereinbarungen, erleichterten Landwerb für die Landarbeiter, neues Bodenrecht	Für Fortführung der Sozialpolitik, bes. Anerkennung der Berufsverbände, obligator. Schiedsgerichte, erleichterten Landwerb für die Landarbeiter	Für kräftigen Ausbau der Sozialpolitik, bes. Übernahme der Arbeiterversicherung durch das Reich und internationale Vereinbarungen	Für kräftigen Ausbau der Sozialpolitik, bes. Übernahme der Arbeiterversicherung durch das Reich und internationale Vereinbarungen	Für einschneidende soziale Gesetzgebung, bes. Sechsstundentag und Herrschaft der Arbeiter über die Betriebe
Mittelstand?	Für Wiederaufrichtung des Bauern- und städt. Mittelstandes, besonders Siedlung	Für Stärkung des Bauern- und städt. Mittelstandes.	Für Stärkung des Bauern- und städt. Mittelstandes, bes. Siedlung	Für Stärkung des Bauern- und städt. Mittelstandes, bes. Siedlung, Kredit, beschaffung, Vehrungsfürsorge	Gegen Mittelstandspolitik	Gegen Mittelstandspolitik	—
Freiheit des Handels?	Für Abbau der staatlichen Zwangswirtschaft	Für staatliche Markt- und Preisregelung bei Massenverbrauchsgegenständen.	—	Für Freiheit des Handels	—	—	Für Abschaffung des Handels
Nationaler Gedanke?	Für den nationalen Gedanken	Für den nationalen Gedanken	Für den nationalen Gedanken	—	—	—	Gegen den nationalen Gedanken
Religion?	Für den christlichen Staat, für Religionsunterricht, rechtl. u. wirtschaftliche Sicherung der Kirche und ihrer Diener	Für den christlichen Staat, gegen Trennung von Staat und Kirche, für Gleichstellung der Angehörigen der verschiedenen Bekenntnisse, für Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles	Gegen Trennung v. Staat und Kirche, für Religionsunterricht, gegen Zurücksetzung der Angehörigen irgendeines Bekenntnisses	Für Trennung von Staat und Kirche, Schutz der kirchlichen Interessen, Gleichstellung der Angehörigen der verschiedenen Bekenntnisse	Für Religion als Privatsache, gegen Hergabe öffentlicher Mittel zu kirchlichen Zwecken	Für Religion als Privatsache, gegen Hergabe öffentlicher Mittel zu kirchlichen Zwecken	—
Schule?	Für national-religiöse Erziehung, Charakterbildung, Erleichterung des Aufstieges der Tüchtigen	Für konfessionelle Volksschule und Erleichterung des Aufstieges der Tüchtigen	Für allgemeine Zugänglichkeit der höheren Schulen	Für Ermöglichung gleicher Ausbildung für alle Befähigten	Für Einheitschule, unentgeltliche Volksschule, unentgeltliche Weiterbildung der Begabten	Für Einheitschule, unentgeltliche Volksschule, unentgeltliche Weiterbildung der Begabten	Für Umgestaltung des Erziehungswesens im Geiste der Revolution

Gazeta Białostocka

Wychodzi codziennie. — Abonament wynosi: przy odbiorze w ekspedycji 1,50 mk. miesięcznie; na pocztę 4,95 mk. kwartalnie, wyłącznie opłaty za dostawienie, Zamówienia — — — przyjmują wszystkie poczty państwowe. — — —

Redaktor naczelny: G. Lutz.
Redakcja: Aleksandrowska 8/10.
Ekspedycja: Mikołajewska 3.
Drukiem i nakładem „Gazety Białostockiej”.

Ceny ogłoszeń: wiersz sześciolamowy, petitowy 25 fen. Ogłoszenia mieszkań i poszukiwania posad 15 fen. Przy powtórzeniach i większych zamówieniach obniża się ceny. Przyjmowanie ogłoszeń z zastrzeżeniem cenzuralnym w ekspedycji przy Mikołajewskiej 3 i we wszystkich eksped. anonsowych.

Jeszcze o niemieckich wyborach do zgromadzenia narodowego.

Doniesienie Biura Wolffa.

Berlin, 20. stycznia.

Chociaż o wyborach do zgromadzenia narodowego oraz jeszcze wiadome są tylko niektóre szczegóły, probują wieczorne gazety Berlińskie ułożyć już projekt przyszłego prawodawczego gabinetu. Wszyscy zgadzają się na to, że socjaldemokracja będzie stanowczo najsilniejszą partją w państwie.

„Vorwaerts” pisze, że niezależni posiadają tylko kilka swych grodów, ale i tu, za wyjątkiem paru miejscowości, prym trzymają socjaldemokraci. Pisma burżuazyjne zaznaczają jednak, że nie zdaje się, jakoby socjaldemokracja dla siebie samej zdobyła w wyborach narodowych większość.

„Vossische Zeitung” jest zdania i zdaje się marzyć, że socjaldemokracja przez zwlekaniem z wyborami znacznie sobie zaszkodziła, co wyraźnie daje się obecnie odczuć. Nie zdobyła sobie ona w wielkich miastach i okręgach przemysłowych stanowczo tyle głosów ile z pewnością posiadałaby jeszcze przed dwoma miesiącami. Stanie się wprawdzie podczas zgromadzenia narodowego relatywnie najsilniejszą partją, nie będzie jednak w stanie przeprowadzić swej woli bez pomocników lub kompromisów. Tak samo jednak pewnym jest, że czysto burżuazyjny rząd i prowadzenie interesów będzie nazbyt trudnym. W każdym razie partji niemiecko-demokratycznej w nowym gabinecie przypadnie rola decydująca.

Ze niemiecka demokratyczna partja, chociaż nie w samym Berlinie, ale w całym państwie odniosła poważne zwycięstwo, tłumaczy jej stronicy i przeciwnicy. „Vorwaerts” przyznaje również, że osiągnie ona zamierzonego celu wywierania głosu na przyszłe ukształtowanie się prawodawstwa państwowego, podczas gdy bardziej prawicowe partje burżuazyjne pozostaną w opozycji.

Pisma prawicowe oświadczają swe zadowolenie z wyniku wyborów, zwracając jednak szczególną uwagę na liczbę głosów niemiecko-narodowej partji narodowej w Berlinie. Centrum zdaje się utrzymać się nadal na swym stanowisku. „Germania” zaznacza najpierw tylko stanowisko wielką liczbę niezależnych i zwycięstwo partji prawicowych nad niemiecko-demokratyczną w Berlinie. Z otrzymanego dotychczas rezultatu wyborów zaznaczyć jeszcze należy:

Berlin: socjalistów większości 365 514 (5 posłów), niezależnych 275 915 (4 posłów), niemieckich demokratów 163 445 (2 posłów), niemieckich narodowców 92 374 (1 poseł), niemiecka partja ludowa 51 021 (1 poseł.)

Miasto Drezno: socjaldemokratów 154 947, niemiecka partja narodowa 46 526, niemieccy demokraci 45 715, niemiecka partja ludowa 30 407, niezależni socjaldemokraci 9 638, chrześcijańska partja ludowa 471.

Lipsk (29 okręg wyborczy saski 10 do 14): socjaliści większości 127 288 (2 posłów), niezależnych 234 942 (3 posłów), niemiecka partja demokratyczna 176 952 (2 głosy) niemiecka narodowa partja ludowa 72 909 (1 poseł), chrześcijańska partja ludowa 3 907.

30. Okręg wyborczy Chemnitz: Socjaliści większości 499 472, niemiecko demokratyczna partja 169 556 niezależni 53 828, centrum 3 680, niemiecko narodowa partja ludowa 113 237.

Strejk zupełny w Brunzswigu.

Doniesienie Biura Wolffa.

Brunzswig, 20. stycznia.

Dziś po południu o godzinie 2 rozpoczęło się tu ogólne bezrobocie. „Landeszeitung” donosi, że elektrownia zostanie zamknięta, ale wodociągi pozostaną czynne. Ludność wezwana jest za pomocą odezwy, by nie zaopatrywała się na zapas w wodę. Tramwaje nie krążą. Po południu odbyły się pochody i zebrania przed zamkiem. Ruch zauważyć się też daje między robotnikami kolejowymi.

Focha „pewny papier”.

Doniesienie Biura Wolffa.

Berlin, 19. stycznia.

Podczas pertraktacji rozejmowej rzucił, jak donoszą „Politischen Parlamentarischen Nachrichten”, marszałek Foch, gdy chodziło o wyznaczenie terminu, zapropo-

wanego na 1 czerwca, następujące słowa: „Do tego czasu mamy spokój; a na ówczas—oświadczają z sarkastycznym uśmiechem — nasze dotychczasowe układy będą pewnym papierem”.

Trocki wzięty do niewoli w Estonji.

Doniesienie Biura Wolffa.

Helsingfors, 20. stycznia.

Wojska estońskie, połączone z fińskimi batalionami ochotniczymi, zdobyły Narwę, przyczem zabrali wiele łupów wojennych, artyleryjskich, uzbrojeń, wozów opancerzonych i licznych jeńców. Trocki, który osobiście zagrzewał do stawiania oporu, wzięty został do niewoli. Ofenzywa estońska rozpoczęła się w kierunku Wałku.

Plany nowych ustaw w państwie niemieckim.

Doniesienie Biura Wolffa.

Berlin, 20. stycznia.

Wedle projektu praw dla państwa niemieckiego, który prawdopodobnie jeszcze w ciągu dnia będzie opublikowanym Prusy mają zostać rozbite. Na czele republiki związkowej, na którą ma być podzielone stoi republika berlińska z mniej więcej dziesięcioma milionami mieszkańców, zawierające okręgi miasta i powiatu Berlińskiego. Wiedeń tak samo jak Berlin stać się ma bezpośrednio siedziskiem rządu. Oprócz tego ustanowione ma być państwo związkowe Austro-Niemiec.

Zakończenie bezrobocia na górnym Śląsku.

Doniesienie Wolffa.

Berlin, 21. stycznia.

Strajk na górnym Śląsku uważany być może wedle rozmaitych gazet za ukończony. „Vorwaerts” pisze, że dziś praca podjęta ma być we wszystkich kopalniach.

Wyznaczenie terminu kongresu międzynarodowego.

Doniesienie Biura Wolffa.

Bern, 18. stycznia.

Henderson i Huysman przybyli tu dziś i natychmiast porozumieli się ze szwajcarskimi socjaldemokratami. Za zgodą tychże wyznaczyli oni termin międzynarodowego socjalistycznego kongresu na 27 stycznia w Bernie. W tym samym czasie odbyć się ma też kongres międzynarodowych syndykatów.

Rozruchy w Bremie.

Doniesienie Biura Wolffa.

Brema, 20. stycznia.

Uzbrojeni robotnicy rozbroili dziś w tutejszych koszarach żołnierzy. Rafusz i giełda zajęte zostały przez robotników, tak samo biuro telefonów i bank państwowy. Na rynku i w gmachach publicznych ustawiono znowu kulomioty. Ruch zwraca się przeciwko niezależnym członkom rządu socjalistycznego.

Sledztwo w sprawie Liebknechta i Rozy Luksemburg.

Doniesienie Biura Wolffa.

Berlin, 19. stycznia.

Śmierć Karola Liebknechta i Rozy Luksemburg zajmuje sąd dywizji gwardji strzelców kawalerji, którego sledztwo wspomagane jest przez berlińską policję kryminalną lecz dotychczas nie udało się wyjaśnić całego przebiegu. Przeszukanie wszystkich wód w Tiergartenie nie doprowadziły też jeszcze do wynalezienia zwłok Rozy Luksemburg. Dla wyjaśnienia śmierci wydał sąd do współpracowników wielko-berlińskich mieszkańców odezwe, wyznaczył za informację rzeczowe nagrodę 10,000 marek. Ciało Liebknechta oddane zostało wczoraj przez prokuratora do pogrzebania.

Wojna domowa w Portugalji.

Doniesienie Biura Wolffa.

Haaga, 17. stycznia.

Pomimo iż brak oficjalnych wiadomości dochodzą jak komunikuje „Times” z Madrytu doniesienia, że w całej Portugalji wrota wojna domowa. W oficjalnym komunikacie rządowym przyznają, że Santarem znajduje się w rękach rewolucjonistów i dowodzi tam jeden z oficerów artylerji. Ludności cywilnej poradzono opuścić miasto. Ruch pochodzi od Data i wspomagany jest przez bolszewików.

Brak środków żywnościowych w Niemczech.

Doniesienie Biura Wolffa.

Berlin, 20. stycznia.

Po ugodzie zawartej dnia 17 stycznia w Trierze tyczącej się ulg w dowozie żywności dla Niemiec, otrzymać one mają najwprzej: około 200,000 tonn żyta na chleb i około 70,000 centnarow wieprzowiny. Część wyżej wymienionych środków żywnościowych zastępią być może skondensowanym mlekiem. O dalszym dostarczeniu środków żywnościowych rozstrzygnąć ma rada aljantów.

Rotterdam, 20. stycznia.

Wedle doniesienia „Nieuwe Rotterdamsche Courant” z Londynu pisze angielski korespondent Horiso w liście z Kolonji, że głód grozi Niemcom i przybrać może takie rozmiary jak najstraszniejszy głód w Indiach Brytyjskich.

Wendowie dążą do niezależności.

Doniesienie Biura Wolffa.

Berlin, 19. stycznia.

Na początku swego ostatniego numeru umieszcza „Serbsko Nowiny”, jak donosi „Taegliche Rundschau” z Bautren, proklamacje narodu wendyjskiego. Wendyjski wydział narodowy zakomunikował na to oficjalnie, że na podstawie zasad pokojowych Wilsona samodzielny dzień wyborczy Łużyczan został zwołany.

„Lokalanzeiger” donosi w tej kwestji z Drezna: „Rząd saski wydał stosowne rozporządzenia dla zapobieżenia proklamacji wendyjskiego wolnego państwa, gdyż nie zgadza się to zupełnie z prawem zupełnie o sobie postanowienia Wilsona, lecz doprowadza wielką liczbę niemców pod obce panowanie. Dalej uczyniono też kroki zapobiegawcze za pomocą wojska, aby broń granic saskich od napadów czeskich, które znowu grożą krajowi.

Weimar miejscem niemieckiego zgromadzenia narodowego.

Doniesienie Biura Wolffa.

Berlin, 21. stycznia.

Jako miejscowość gdzie odbyć się ma zgromadzenie narodowe wybrał po długich naradach rząd i pruskie ministerstwo miasto Weimar. Dzień zebrania zgromadzenia narodowego oznaczony jest podobno na 6 lutego.

Berlin, 21. stycznia.

Urzędowo przez W. B. T.

W Lipsku wybuchł jak donoszą gazety częściowe strejk ogólny. Miasto jest bez światła, tramwaje nie krążą. Rada robotnicza i żołnierska miasta przygotowuje uzbrojenie robotników.

Ogłoszenie.

Spekulanci rozsiewają pogłoskę, że wydane przez Ob.-Ost 20 kopiejki papierowe nie mają wartości.

Niniejszym zawiadomiam wyraźnie, że pieniądze te posiadają obecnie jak też dawniej kompletną swą wartość i muszą być przez wszystkich przyjmowane.

W razie przeciwnym zastosowana będzie surowa kara.

Równocześnie zwracam uwagę, że uszkodzone pieniądze Ob.-Ost co środa przed południem między 10 a 12 wymienione być mogą w kasie miejskiej.

Za radę żołnierską Naczelnik miasta Müller. Roscher.

Białystok, dnia 21 stycznia 1919 r.

